

17 statt 7,8 Milliarden Euro – Wird Ökostrom noch teurer für den Steuerzahler?

Welt, 01.02.2024, Philipp Vetter

https://www.welt.de/wirtschaft/plus249845678/Oekostrom-EEG-Kosten-Jetzt-droht-Habeck-ein-noch-groesseres-Milliardenloch.html?sc_src=email_5467187&sc_lid=550314770&sc_uid=9b9AoAfTYB&sc_lid=2934&sc_cid=5467187&cid=email.crm.redaktion.newsletter.wirtschaft&sc_eh=94c824e22aa172ca1

Die Strompreise sinken, doch das hat auch negative Folgen: Die EEG-Kosten für Solar- und Windstrom steigen deutlich an. Die Netzbetreiber haben bereits vor einem Milliardenloch gewarnt. Doch die FDP hält deutlich höhere Summen für möglich – die der Steuerzahler ausgleichen müsste.

Es sind eigentlich gute Nachrichten: Die Zahl der Solar- und Windkraftanlagen in Deutschland steigt schneller als von vielen erwartet, und auch der Strompreis sinkt wieder. Doch für den Bundeshaushalt ist die Kombination dieser beiden Entwicklungen eine ziemlich schlechte Neuigkeit. Schon in der vergangenen Woche wurde bekannt, dass die Stromnetzbetreiber in einem Brief an das Wirtschaftsministerium vor einem neuen Milliardenloch auf dem EEG-Konto warnen.

Früher mussten die Stromkunden über die EEG-Umlage ausgleichen, wenn der Strompreis niedriger war als die garantierte Vergütung für die Energie aus erneuerbaren Quellen. Im Zuge der Entlastung wegen der massiv gestiegenen Energiepreise im Jahr 2022 hat die Bundesregierung beschlossen, die Differenz künftig aus Steuermitteln zu bezahlen. Das Geld sollte aus dem Klima- und Transformationsfonds (KTF) kommen, den Wirtschaftsminister Robert Habeck (Grüne) verwaltet. 10,6 Milliarden Euro sind dafür in diesem Jahr veranschlagt.

Doch die Netzbetreiber hatten bereits gewarnt, dass es deutlich teurer werden könnte, weil immer mehr Erzeuger erneuerbarer Energie Anspruch auf die garantierte Vergütung haben und der Strompreis seit der Prognose im Herbst deutlich gefallen ist. Auf dieser basieren die eingeplanten 10,6 Milliarden Euro. Während die Netzbetreiber von zusätzlichen 7,8 Milliarden Euro sprechen, gibt es nun aber die Befürchtung, dass das Loch noch deutlich größer ausfallen wird.

„Die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren explodieren“, sagt der energiepolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Michael Kruse. „Die 7,8 Milliarden Euro, die die Netzbetreiber zusätzlich für den Strom aus Erneuerbaren fordern, sind lediglich die Spitze des Eisbergs.“ Aufgrund der sinkenden Preise am Strommarkt dürften die Ausgaben für Erneuerbare um 17 Milliarden höher liegen, schätzt Kruse.

„Wenn Robert Habeck jetzt nicht mit seiner Politik gegensteuert, werden die Ausgleichszahlungen für das EEG den Klima- und Transformationsfonds auffressen“, warnt er. Kruse rechnet vor, dass die Netzbetreiber bei ihrer Schätzung der Mehrkosten lediglich den schon niedrigeren Durchschnittsstrompreis aus dem vergangenen Jahr fortgeschrieben hätten. Der habe bei 9,2 Cent pro Kilowattstunde gelegen.

Insgesamt sei so 2023 ein Defizit in Höhe von mehr als 14 Milliarden Euro auf dem EEG-Konto entstanden. Doch schon jetzt zeichne sich ab, dass der Strompreis in diesem Jahr unter dem Niveau von 2023 liegen wird und damit auch die Ausgleichszahlungen aus Steuergeldern noch deutlich steigen werden.

Wirtschaftsministerium kommentiert Kruses Prognose nicht

Der Energiepolitiker geht davon aus, dass der durchschnittliche Preis pro Kilowattstunde womöglich nicht bei gut 9 Cent, sondern eher bei 6 Cent liegen könnte. Auch im Wirtschaftsministerium gebe es entsprechende Schätzungen. Dort will man davon allerdings nichts wissen. Ein Sprecher wollte die Schätzung von Kruse nicht kommentieren, im Ministerium gebe es keine Prognose für den Strompreis in diesem Jahr.

Auch eine Sprecherin von 50 Hertz, einem der vier Netzbetreiber, sagte, man könne die Rechnung von Kruse nicht nachvollziehen. Allerdings nannte auch sie keine Prognose, wie hoch der durchschnittliche Strompreis in diesem Jahr erwartet werde. Tatsächlich deuten die Preise im Januar darauf hin, dass der FDP-Politiker mit seiner Befürchtung durchaus Recht haben könnte.

Zumindest in den ersten Wochen des Jahres lag der Strompreis auf dem sogenannten Day-Ahead-Markt, über den der Großteil der EEG-Vermarktung abgewickelt wird, durchschnittlich bei etwa 7,2 Cent pro Kilowattstunde – und damit bereits deutlich unterhalb des Durchschnittswerts aus dem vergangenen Jahr. In den vergangenen Jahren war der Januar in der Regel zudem ein eher teurer Strommonat, was vor allem daran liegt, dass es relativ wenige Sonnenstunden und entsprechend wenig Solarstrom gibt. Im Gesamtjahr könnte der Preis also noch niedriger liegen.

„Die Nachforderungen der Netzbetreiber verdeutlichen, dass die Kosten für den Ausbau der Erneuerbaren nun dringend gesenkt werden müssen“, fordert Kruse. „Für wöchentlich neue Ausgabenwünsche wie Resilienzboni, weitere Zuschläge für bestimmte Solar- und Windanlagen oder neue hochsubventionierte Kraftwerksparks gibt es keine Spielräume, im Gegenteil: Die Förderung der Erneuerbaren muss an die sinkenden Marktpreise angepasst werden, bevor sie teuren Strom für Jahrzehnte zementiert.“

Im Koalitionsvertrag sei der Ausstieg aus der Dauersubventionierung der Erneuerbaren angelegt. „Es wird Zeit, dass Wirtschaftsminister Habeck sich an die Umsetzung macht, anstatt ständig nur Mehrausgaben im Milliardenbereich zu verursachen“, so Kruse. In jedem Fall stellt sich die Frage, warum das potenzielle Milliardenloch erst jetzt zum Abschluss der Haushaltsverhandlungen auffällt.

Erst vor wenigen Wochen hatte die Bundesregierung den Finanzbedarf auf 10,6 Milliarden Euro gesenkt. Nach der derzeit gültigen Rechtslage müsste der Bund das Defizit ausgleichen, wollte man einen Teil der Kosten wieder über eine Umlage von den Verbrauchern einfordern, müsste das Gesetz zunächst geändert werden.